

Antrag P12: Die LINKE retten mit einem radikalen Kurswechsel zu einer klassenkämpferischen und offensiv sozialistischen Partei

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Linke retten mit einem radikalen Kurswechsel zu einer klassenkämpferischen und 2 offensiv sozialistischen Partei

3 Die Ergebnisse der Europa- und Kommunal- und Landtagswahlen in 2024 sind eine schwere
4 Niederlage für die Partei DIE LINKE und Ausdruck der fortgesetzten Krise. Ein „Weiter
5 So“ darf es nicht geben. Gerade angesichts der multiplen Krisen des Kapitalismus, der
6 Klimakatastrophe, von Kriegen und Militarisierung, Sozialabbau, Lohnraub,
7 Arbeitsplatzvernichtung, Abbau demokratischer Rechte, Rassismus, Rechtsextremismus,
8 Sexismus, Homo- und Transphobie ist eine starke kämpferische linke Partei dringend
9 notwendig, um den verschärften Klassenkampf von oben mit Klassenkampf von unten zu
10 beantworten.

11 Bei der Bundestagswahl 2025 - bzw. im Falle vorgezogene Neuwahlen schon früher –
12 droht der Verlust der Bundestagsgruppe. Dies wird zu Demoralisierung in den eigenen
13 Reihen und unter linken Aktivist*innen und Wähler*innen der LINKEN führen, die
14 materiellen Ressourcen der Partei verringern und weitere Hindernisse für die
15 bürgerlichen Parteien und die AfD aus dem Weg räumen.

16 Dies kann nur verhindert werden, wenn aus den Wahlniederlagen sofort Konsequenzen
17 gezogen werden. Diese Konsequenzen müssen sein

18 1. Offensives Vertreten einer Antikriegsposition in Bezug auf den Ukraine- und
19 Nahostkrieg: Stop von Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel. Schluss mit der
20 Repression gegenüber pro-palästinensischen Demonstrationen und Veranstaltungen und
21 dem Vorwurf des Antisemitismus bei Kritik der ultrarechten Netanjahu-Regierung und
22 dem von ihr betriebenen Völkermord an den Palästinenser*innen. Die LINKE fordert
23 einen sofortigen Rückzug der israelischen Armee aus Gaza und einen Stop der Besetzung
24 des Westjordanlandes und ein Ende des Baus und Ausbaus von Siedlungen. Wir sprechen
25 uns für die nationalen und demokratischen Recht aller Bevölkerungsgruppen im Nahen
26 Osten und unterstützen den Kampf der Palästinenser*innen für ihre Befreiung und die
27 linke Opposition in Israel gegen die Netanjahu-Regierung.

28 2. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, dass die Demonstrationen der letzten Monate
29 gegen AfD und Rechtsextremismus und auch die Skandale der AfD nicht dazu geführt
30 haben, dass die AfD bei den Wahlen verliert. Es war auch falsch anzunehmen, dass das
31 BSW hauptsächlich der AfD Stimmen wegnimmt. Viel mehr Stimmen kamen von der Linken.
32 Wir vertreten die Position, dass man Rassismus, Rechtspopulismus und
33 Rechtsextremismus stoppen muss, indem man die Ursache ihres Erstarkens bekämpft. Das
34 ist das auf Ausbeutung und Diskriminierung basierende kapitalistische System und die
35 prokapitalistische Politik der regierenden Ampel-Parteien und der CDU/CSU. Dem muss
36 der gemeinsame Kampf von deutschen und nicht-deutschen Lohnabhängigen und sozial
37 Benachteiligten gegen die Konzerne und gegen die herrschende Politik für ihre
38 gemeinsamen Interessen für gute Löhne, einen Mindestlohn von 15 Euro, günstigen
39 Wohnraum, Erhalt aller Krankenhäuser, Investitionen in soziale Infrastruktur etc.
40 entgegengesetzt werden.

41 3. Immer wieder hat DIE LINKE nach Regierungsbeteiligungen massiv Stimmen verloren.

42 Das wurde oft damit entschuldigt, dass DIE LINKE als Juniorpartnerin der Regierung
43 nicht ihren Stempel aufdrücken konnte. In Thüringen stellt DIE LINKE den
44 Ministerpräsidenten und die Stimmenverluste bei der Landtagswahl sind dramatisch. Es
45 bestätigt sich, dass eine Regierungsbeteiligung mit prokapitalistischen Parteien die
46 AfD stärkt. Es gibt für linke Politik keine Durchsetzungsstrategie über
47 Regierungsbeteiligung mitbürgerlichen Parteien. Deshalb muss DIE LINKE solche
48 Koalitionen ausschließen und darf Koalitionsregierungen dieser Parteien auch nicht
49 tolerieren und/oder ihren Haushalten zustimmen. Nur Einzelmaßnahmen und Gesetzen, die
50 eine Verbesserung für die arbeitende Bevölkerung sind, darf DIE LINKE zustimmen.

51 4. DIE LINKE erklärt offensiv, dass Kriege, Klimakatastrophe, Ausbeutung,
52 Militarisierung, Rassismus, Diskriminierung, Sozialkürzungen, Inflation,
53 Arbeitsplatzvernichtung ihre Ursache im Kapitalismus haben und leitet daraus ab, dass
54 der Kampf gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen mit dem weitergehenden Ziel
55 verbunden werden muss, die Macht der Banken und marktbeherrschenden Konzerne durch
56 deren Überführung in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle und Verwaltung zu
57 brechen und das kapitalistische Profitsystem durch eine sozialistische Demokratie zu
58 ersetzen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Linken Klassen- und
59 sozialistisches Bewusstsein in der Arbeiter*innenklasse und Jugend zu verankern.

60 5. In einer linken Partei müssen Meinungsverschiedenheiten und Streit ihren Platz
61 haben. Formelkompromisse mit Interpretationsspielräume müssen aufhören, weil sie
62 keine klare Positionierung ermöglichen, Parteifunktionär*innen unterschiedliche
63 Positionen nach außen vertreten und dann niemand mehr weiß wofür die Linke steht. Bei
64 unterschiedlichen Positionen muss es nach einer ausführlichen demokratischen Debatte
65 eine Mehrheitsentscheidung geben, die die Parteiführung dann nach außen tragen muss.
66 Selbstverständlich muss es möglich sein, dass durch weitere Diskussion und spätere
67 erneute Abstimmung Positionen geändert werden können. Weil der Beschluss gegen
68 Waffenlieferungen an die Ukraine nach dem Erfurter Parteitag von der Parteiführung
69 weder im Bundestag noch sonst in der Öffentlichkeit offensiv vertreten wurde und sich
70 führende Linke-Politiker*innen sogar für Waffenlieferungen an die Ukraine
71 ausgesprochen haben (darunter auch die Spitzenkandidatin Carola Rackete) konnten BSW
72 und AfD von der Linken auch wegen der Kriegsfrage Stimmen gewinnen.

73 6. DIE LINKE darf kein Platz für Karrieristen und abgehobene Politiker sein. Sie muss
74 dem Beispiel der KPÖ folgen und die Gehälter von Hauptamtlichen und die Diäten von
75 Abgeordneten auf einen Facharbeiter*innengehalt begrenzen bzw. die Abgeordneten
76 verpflichten alles was über dieses Gehalt hinaus geht an die Partei und/oder an
77 sozialen Bewegungen und für soziale Hilfen abführen.